

SprecherInnen:

- Christina Lindenberg
- Mark Rackles
- Mechthild Rawert
- Marc Schulte
- Peter Senftleben
- Frank Zimmermann

Erklärung der BL Zu NRW und den Neuwahlen

Berlin, 27.05.2005

Die dramatische Niederlage der SPD in NRW ist nicht nur die elfte verlorene Landtagswahl in Folge, sie ist auch der Verlust des größten Bundeslands und des SPD-Stammlands. In dieser Folge liegen die Ursachen für die Wahlniederlage eindeutig nicht bei regionalen Besonderheiten oder einzelnen kritischen Debatten in der SPD-Bundestagsfraktion ... die SPD ist seit drei Jahren mit ihrem politischen Profil, das maßgeblich von der Agenda 2010 und seit 2004 von Hartz IV bestimmt worden ist, nicht mehr mehrheitsfähig.

Die Berliner SPD hat auf ihrem Landesparteitag am 26.10.2003 mit ihrem „Berliner Appell“ zu dieser Problematik der „SPD-Reformpolitik 2003“ bereits Stellung genommen und auf die damals schon drängende Notwendigkeit eines stärkeren sozialen Profils und einer sozialen Ausgewogenheit der Reformen hingewiesen. Schon 2003 hielten wir fest: „Ohne ein halbwegs kontinuierliches und konsistentes Profil, mit dem sich die SPD gegenüber der CDU/CSU klar abgrenzen lässt, wird unsere Partei bei Wahlen regelmäßig scheitern“.

Auch wenn die Notwendigkeit und die vorgesehene Einleitung von Neuwahlen hinterfragt werden kann, begrüßt die Berliner Linke die angestrebte Richtungsentscheidung, die für Deutschland und für die SPD Klarheit schaffen wird. Eine Richtungsentscheidung braucht allerdings auch eine eindeutige Richtung. Eine Richtung, die sich klar von der gesellschaftlichen Alternative der CDU/CSU absetzt. Eine große Koalition als gesellschaftliches oder taktisches Ziel lehnen wir entschieden ab.

Es kann unter diesen Bedingungen kein „Weiter so“ geben. Die bisherige Reformpolitik muss im sozialen Sinne weiterentwickelt, ergänzt und wo nötig auch korrigiert werden. Inhaltlich sollte dabei auf die bereits weit gediehene SPD-Programmdebatte und die in diesem Zusammenhang formulierte Kapitalismuskritik von Müntefering zurückgegriffen werden. Die Debatte um die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen muss konkretisiert werden.

Mit „Vorfahrt für soziale Gerechtigkeit“ ist Müntefering in die Öffentlichkeit gegangen. Das ist richtig und dies erlaubt eine Mobilisierung für den Wahlkampf. Welche konkreten Projekte jetzt Vorfahrt genießen müssen, muss im Rahmen des Wahlmanifestes in klarer Abgrenzung zur CDU/CSU formuliert werden.

Errungenschaften der bisherigen SPD-Politik (z.B. in der Energiepolitik, Friedenspolitik, Bürgerrechte, Europapolitik, Sozialpolitik, Gleichstellungspolitik) werden in einer schwarzen Republik keinen Platz mehr haben. Es muss herausgearbeitet werden, dass Deutschland der Atom-EIN-Stieg bevor steht, dass Deutschland mit Merkel/ Stoiber in den Irak-Krieg gezogen wäre und das flächendeckende Studiengebühren von mehreren tausend Euro zu erwarten sind.

Das Wahlmanifest muss sich auf eine Reihe konkreter und vermittelbarer Projekte konzentrieren, die die Glaubwürdigkeit der SPD als soziale Kraft stärken und unsere Wahlchancen gegen die CDU/CSU erhöhen.

Für das Wahlprogramm fordern wir gemeinsam mit der Bundeslinken (siehe ausführliche Presseerklärung vom 26. Mai 2005):

- Eine offensive **Beschäftigungspolitik**
- Eine Offensive für **Bildung und Forschung** und neue Initiativen für eine auf lebenslangem Lernen fußende Bildungsreform.
- Kritische Auswertung von **Hartz IV** und Formulierung der Nachbesserungen, wo dies notwendig ist (Beschlusslage der Berliner SPD vom April 2005)
- Mehr **Steuervereinfachung und Steuergerechtigkeit**. Die Berliner Linke spricht sich gegen eine Politik der Steuersenkungen und des Steuerverzichts zugunsten von Unternehmen und Einkommensmillionären aus.
- Wir wollen einen modernen und handlungsfähigen **Staat** und leistungsfähige, **öffentliche Güter**.
- Wir setzen uns für eine Erweiterung von **Mitbestimmung und Teilhaberechten** ein.
- Es geht darum, die Idee des **sozialen Fortschritts** weiter auszubuchstabieren.
- Wir treten ein für eine Verbesserung des sozialen Schutzes; dazu gehören insbesondere das **Antidiskriminierungsgesetz** und ein gesetzlicher **Mindestlohn**.
- Wir stehen zur solidarischen Finanzierung des Sozialsystems. In der kommenden Auseinandersetzung wird es auch um die künftige Verfassung unserer sozialen Ordnung gehen. Der erste Schritt ist für uns dabei die **Bürgerversicherung**, deren Prinzipien auch auf andere Bereiche auszudehnen sind. Sie gehört ins Zentrum des Wahlkampfes.

Die Berliner Linke sieht neben der Notwendigkeit einer inhaltlichen Neuausrichtung auch die Notwendigkeit einer personellen Erneuerung in Bundestagsfraktion und spätestens im Herbst auch im Kabinett. Bei den Nominierungen und den Landeslisten sollte darauf geachtet werden, dass trotz der Kurzfristigkeit auch neue Kandidaten und stärker als 2002 auch Frauen eine Chance bekommen. Ein Aufbruchsignal muss auch personell unterlegt werden.

Deutschland muss Farbe bekennen. Auch die gesellschaftliche Linke in Berlin!